

Mehr Gemüse für Berlin.

Oberregierungsrat von Tilly gegen die Ausfuhrverbote.

Während bisher täglich nur 30—40 Eisenbahnwagen mit Obst und Gemüse vor der Zentralmarkthalle in Berlin eintrafen, ist dank dem Eingreifen der Reichsstelle für Gemüse und Obst, die auf eigene Gefahr Aufkäufe im Inland vornimmt, diese Zahl jetzt auf das Fünffache gestiegen. Man rechnet in dieser Woche, wie Oberregierungsrat von Tilly, der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst, in einer Besprechung den Pressevertretern mitteilte, auf eine wöchentliche Zufuhr von 500 Wagen. Zum ersten Male werden auch frische Schoten aus Württemberg hier bei uns eintreffen. Für so starke Zufuhren reicht die Anfahrtsstelle in der Zentralmarkthalle nicht aus, und es soll vom 24. Juli ab eine andere Regelung der Zufuhren, die zugleich dem Berliner Magistrat eine umfassende Kontrolle ermöglicht, durchgeführt werden.

Neben dem Bahnhof am Alexanderplatz sollen ausschließlich drei Bahnhöfe für die Zufuhren in Betracht kommen, der Anhalter Bahnhof für alle Erzeugnisse, die aus dem Westen und Süden kommen, der Lehrter Bahnhof für die Sendungen aus dem Norden, der Schlesiener Bahnhof für die aus dem Osten. Private Empfänger können auf anderen als diesen genannten Bahnhöfen keine Sendungen erhalten. Die einzelnen Gemeinden dürfen selbstverständlich sich ihre Sendungen nach jedem beliebigen Bahnhof richten lassen. So dankenswert das Eingreifen der Reichsstelle für Gemüse und Obst auch ist, so darf man nicht außer acht lassen, daß in Groß-Berlin rund 4 Millionen zu versorgen sind, und daß in diesen Tagen der Bedarf nach Gemüse, fast dem einzigen Nahrungsmittel, das noch im freien Handel zu haben ist, außerordentlich gestiegen ist. Es werden daher die Gemeinden und der Großhandel nach wie vor oder vielmehr noch in verstärktem Maße für Heranschaffen weiterer Zufuhren Sorge tragen müssen. Oberregierungsrat von Tilly betont, daß der Handel für Gemüse volle Freiheit habe. Alle Ausfuhrverbote in Preußen sind untersagt, das gleiche gilt auch für die Bundesstaaten.

Selbstverständlich kann die einzelne Stadt bestimmen, daß Ware, die sie in ihr Gebiet auf Grund der Lieferungsverträge hineingeschafft hat, nicht aus diesem entfernt werden darf. Aber auch bei noch weit rogerer Tätigkeit der Gemeinden und des Großhandels, der anscheinend es mitunter an der rechten Mühe hat fehlen lassen, dürfen wir uns nicht allzu großen Hoffnungen hingeben. Gemüse und Obst spielen jetzt bei der Ernährung eine weit größere Rolle als früher. Wenn auch fast eine doppelt so große Fläche als in Friedenszeiten mit Gemüse angebaut worden ist (in manchen Gegenden, z. B. in Posen sogar das Fünffache), so hat leider die Dürre die Hoffnungen, die man auf Anbauverträge gesetzt hat, zum großen Teil zerschanden gemacht. Keineswegs, so betont Oberregierungsrat von Tilly, sind etwa die Höchstpreise schuld daran, daß wir nicht genug Gemüse bekommen. Die Behörden wollen alles tun, um die Großstädte reichlicher mit Gemüse zu versehen. Hoffentlich wird die Neuordnung, die der Berliner Magistrat am 24. Juli über den Verkauf von Gemüse und Obst in Kraft treten läßt, das Gute haben, daß die reichlicheren Zufuhren, die uns in Aussicht gestellt werden, auch der großen Masse zugute kommen. Neben der bereits erwähnten Kontrolle auf den Bahnhöfen wird der Zutritt zur Zentralmarkthalle für die Kleinhändler geregelt werden. Es werden Karten mit Tagesausweis und Nummern eingeführt. Immerhin können sich die Verhältnisse nicht mit einem Schlage bessern. Erst in acht bis zehn Tagen werden die Frühkartoffeln in reichlicheren Mengen eintreffen sowie das Gartengemüse.

Verschiedene Wünsche wurden in der Besprechung laut, man gab auch der Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Berliner Magistrat bisher wenig unternommen habe, um die Pächter auf ihren Pflanzgütern zu veranlassen, ihre Erzeugnisse nach Berlin zu bringen. Dank dem Eingreifen des preussischen Landesamtes, dem ebenfalls Oberregierungsrat von Tilly vorsteht, hat der Magistrat Berlin eine Handhabe, jetzt die Pächter zu veranlassen, ihre Er-

zeugnisse nach Berlin zu liefern. Warum der Magistrat nicht schon längst Schritte getan hat, um die Pächter auf ihren Gütern zu veranlassen, in erster Linie Berlin mit ihren Erzeugnissen zu berücksichtigen, bleibt eine Frage, die noch beantwortet werden muß. Man hofft, daß es keines Zwanges bedürfen wird, damit die Pächter alles nach Berlin liefern. Im Frühjahr zeigten sie freilich keine Geneigtheit, Lieferungsverträge mit Berlin abzuschließen.

Die Gemeinden werden gut tun, nach Möglichkeit auch für die Herbstgemüse noch Lieferungsverträge abzuschließen. Sie können darauf rechnen, daß die Reichsstelle für Gemüse und Obst ihnen dabei in jeder Weise entgegenkommen wird.